

**Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Regionalausschusses Klinikum Links der Weser der Beiräte Neustadt, Huchting, Obervieland, Strom, Seehausen, Woltmershausen und Östliche Vorstadt am Donnerstag, den 19.03.2026, von 18.00 Uhr bis 20.05 Uhr im Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen.**

**Anwesende:**

Mitglieder: Martina Tallgauer-Bolte (Beirat Neustadt), Anita Ipach (i.V., Beirat Neustadt, Online-Teilnahme), Klaus-Dieter Möhle, Matthias Kurzawski (beide Beirat Obervieland, Kurzawski: Online-Teilnahme), Michael Horn, Torsten Diekmann (beide Beirat Huchting), Edith Wangenheim (Beirat Woltmershausen), Sonja Rose (Beirat Strom), Heike Schmidt (Beirat Seehausen), Anke Kozlowski (Beirat Östliche Vorstadt, Online-Teilnahme)

Fehlend: Florian Dietrich (Beirat Woltmershausen), Michael Meineken (Beirat Seehausen), Silke Stumper (Beirat Strom), Udo Schmitz (Beirat Neustadt)

Gäste: Frau Pello (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz/SGFV), Herr Dr. Mook (Leiter Gesundheitsamt Bremen), Frau Dr. Dreizehnter (Geschäftsführung Gesundheit Nord), Frau Wiechmann (Geschäftsführung Fachärztezentrum Hanse), Herr Josenhans (Vorstand Kassenärztliche Vereinigung Bremen/KV-HB)

Sitzungsleitung und Protokoll: Michael Radolla, Ortsamt Obervieland

Der Sitzungsleiter begrüßt die Ausschussmitglieder und Zuschauer: innen im Sitzungssaal, der Sitzungskonferenz sowie im Livestream und eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr.

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

**Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.** (Einstimmige Zustimmung, 10 Ja-Stimmen)

**TOP 2: Aktueller Sachstand zur geplanten Nachnutzung des derzeitigen Gebäudebestandes sowie zum medizinischen Nachnutzungskonzept am Standort Klinikum Links der Weser**

**Frau Wiechmann** erläutert zu Beginn den aktuellen Sachstand zum Aufbau eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in der Nachfolge des derzeitigen Klinikstandortes Klinikum Links der Weser. Dabei wird deutlich, dass dieser noch dem bereits im September 2025 im Ausschuss vorgestellten Sachstand entspricht.

**Frau Tallgauer-Bolte** möchte wissen, wie die angegebene Formulierung „Hausärztliche Versorgung in Planung“ zu interpretieren sei und ob man sich hinsichtlich der Gesamtumsetzung noch im selbst gesteckten Zeitplan befinde.

**Frau Wiechmann** führt aus, dass es in Bezug auf die hausärztliche Versorgung zwar derzeit durchaus möglich sei, in diesem Bereich entsprechend freie Sitze zu erwerben. Allerdings sei es bislang noch nicht gelungen, auch gleichermaßen Ärzte: innen zu finden, die bereit wären, ein solches Angebot in diesem Rahmen entsprechend zu bespielen. Daran werde momentan intensiv gearbeitet. Der Zeitplan sei derzeit noch aktuell, mögliche flankierende Entwicklungen müssten aber beobachtet werden und machten ggf. zu einem späteren Zeitpunkt eine Neubewertung erforderlich. Zielpunkt der Umsetzung sei in jedem Falle die Bereitstellung eines medizinischen Angebotes in der Nachfolge des derzeitigen Klinikstandortes.

**Herr Josenhans** bestätigt, dass in den Bereichen Hausärztliche Versorgung und Gynäkologie derzeit Arztsitze frei verfügbar seien und erworben werden könnten. In allen anderen Bereichen sei dies dagegen einerseits vom derzeitigen Sitzinhaber abhängig (z.B. durch Sitzverkauf an ein oder Praxisintegration in ein MVZ) oder die Sitzvergabe erfolge andererseits auf der Grundlage einer Bedarfsermittlung durch den Zulassungsausschuss. Die Gesundheit Nord habe mittlerweile das geplante Konzept zum Aufbau eines MVZ am Standort Links der Weser bei der Kassenärztlichen Vereinigung hinterlegt, so dass dies nun bei anstehenden Veränderungen in der Praxislandschaft der Stadtgemeinde Bremen entsprechend berücksichtigt werden könne.

**Herr Horn** fragt, ob seitens der KV grundsätzlich die Möglichkeit bestünde, bei eingeschränkter Verfügbarkeit von Arztsitzen in einzelnen Disziplinen auch zusätzliche Sitze zur Verfügung zu stellen.

**Herr Josenhans** teilt mit, dass dies vor dem Hintergrund bundesrechtlicher Vorgaben nicht möglich sei. Ausnahmen in Form von Sonderzulassungen seien vor diesem Hintergrund lediglich im Falle einer festgestellten deutlichen Unterversorgung oder eines Leistungsmangels möglich, die hier aber faktisch nicht zum Tragen kommen. Darüber hätte aber in jedem Falle der Zulassungsausschuss zu entscheiden.

**Herr Horn** möchte weiterhin wissen, ob für die Planungen am Standort Links der Weser möglicherweise Sonderzulassungen in Frage kommen könnten, wie die Probleme bei der Hausärztengewinnung gelagert seien und ob ggf. Personalgewinnung aus dem Ausland ein Lösungsansatz sein könnte.

**Fr. Dr. Dreizehnter** entgegnet darauf, man habe sich durchaus, auch in Gesprächen mit der KV, bereits mit der Möglichkeit der Sonderzulassungen beschäftigt. Allerdings würden Anträge in dieser Richtung nur Sinn machen, wenn die Aussicht auf eine entsprechende Genehmigung bestünde. Dies sei derzeit jedoch nicht erkennbar. Hinsichtlich der hausärztlichen Versorgung sei es tatsächlich so, dass junge Ärzte: innen heute vorrangig in Anstellung statt in eigener Praxis arbeiten wollten, dennoch sei es hier aktuell noch nicht gelungen, ausreichend Interessent: innen für ein Angebot im künftigen MVZ zu finden. Grundsätzlich wolle man auch nicht in Konkurrenz zu anderen bereits ansässigen Praxen treten (Beispiel Hausärzte-MVZ in der Alfred-Faust-Straße). Man werde jedoch weiterhin an einer Angebotsentwicklung in diesem Bereich arbeiten. Bei ausländischen Arbeitnehmer: innen stelle sich immer die Frage der Übertragbarkeit von Abschlüssen auf das hiesige Gesundheitssystem. Grundsätzlich sei man guter Dinge, den Bedarf auch auf dem inländischen Markt decken zu können.

**Herr Möhle** macht deutlich, dass er über die aktuelle Entwicklung und die Art der geführten Diskussion verärgert sei. Aus seiner Sicht sei die Verlagerung eines Klinikstandortes eine besondere Situation, die in der Folge auch einer besonderen Planung hinsichtlich der medizinischen Nachnutzung bedürfe. Das dies auch seitens der Gesundheit Nord so gesehen werde, könne er der dem derzeitigen Diskussionsstand nicht entnehmen. Daher erwarte er von dort eine größere Ernsthaftigkeit in der Auseinandersetzung mit den Sorgen und Nöten der beteiligten Stadtteile.

**Frau Wangenheim** fragt nach der genauen Rolle des Zulassungsausschusses und dessen Zusammensetzung.

**Herr Josenhans** erläutert, der Arbeit des Zulassungsausschusses liege eine gesetzliche Regelung zu Grunde, die in der Ausgestaltung bereits sehr eindeutig sei und grundsätzlich nur äußerst wenig Ermessensspielraum in der Umsetzung (ca. 1% der Fälle) belasse. Die Rolle des Ausschusses sei so einzuordnen, dass er die verwaltungsrechtliche Umsetzung der gesetzlichen Regelungen vor Ort garantieren solle. Der Ausschuss sei zu gleichen Teilen aus Vertreter: innen der Krankenkassen und der Ärzteschaft besetzt.

**Fr. Dr. Dreizehnter** macht noch einmal ergänzend deutlich, dass es sich beim geplanten MVZ um das eines kommunalen Trägers (der Gesundheit Nord) und nicht um ein kommunales MVZ im Sinne der Begriffsdefinition handele. Dies wäre gegeben, wenn die Stadtgemeinde Bremen direkt und ohne weitere Mitarbeit der Gesundheit Nord ein solches MVZ eröffnen würde.

**Frau Tallgauer-Bolte** spricht eine im Kontext der Standortverlagerung wiederholt geforderte 24/7-Notfallversorgung als Bestandteil eines medizinischen Nachfolgekonzeptes an und hält dies mit Blick auf eine dann fehlende Klinikanbindung für unrealistisch. Es stelle sich in diesem Kontext jedoch die Frage, ob dies möglicherweise alternativ über einen ärztlichen Bereitschaftsdienst der KV (Beispiele bereits im Stadtgebiet vorhanden) erfolgen könne.

**Herr Josenhans** verweist in diesem Zusammenhang auf die kommende Reform der Notfallversorgung, die künftig sogenannte Integrierte Notfallzentren (INZ) vorsieht, die über die Ärztereitschaft der KV abzudecken seien. Diese INZ gebe es in Bremen bereits viele Jahre und diese hätten im Zuge der angesprochenen Reform auch als Vorbild gedient. Der Gesetzgeber fordere im Zusammenhang mit INZ jedoch zwingend die direkte Anbindung an einen Klinikstandort, was hier vor Ort dann nicht mehr gegeben wäre. Somit sei ein solcher Aufbau mit den aktuellen Planungen nicht vereinbar.

**Herr Horn** bittet die Gesundheit Nord erneut, bei den Planungen für den Standort Links der Weser auch die Anbindung des Stadtteils Huchting nicht aus dem Blick zu verlieren. Aktuell sei der Weg mit dem ÖPNV insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen umwegig und somit herausfordernd. Hier wäre alternativ eine Start-/Ziel-Anbindung wünschenswert.

**Herr Brumma** (Sachkundiger Bürger im Beirat Obervieland) fragt, ob die Möglichkeiten ambulanter Operationen (OP) auch im zukünftigen Konzept eine Rolle spielen, wie die Zukunft der Reha- und Stiftungsangebote (Bremer Herzen) am Standort aussehe und ob auch Überlegungen hinsichtlich unterschiedlicher Krisenszenarios angestellt würden, in denen den Klinikstandorten eine bedeutende Rolle zukäme.

**Frau Dr. Dreizehnter** führt aus, dass ambulante OP in den Zukunftsüberlegungen durchaus eine wichtige Rolle spielen und für das MVZ dahingehend ein weiterer Ausbau geplant sei. Das Gebäude der Stiftung Bremer Herzen werde am Standort verbleiben, das Haus 3 (bisherige Reha) sei aktuell nicht für den Verbleib vorgesehen. Über die Reha-Angebote selbst könne aber an dieser Stelle noch nicht abschließend berichtet werden. Zur einer möglichen Krisenresilienz würden aktuell Gespräche innerhalb der Gesundheit Nord, nicht aber mit der Stadt Bremen geführt. Zum Rettungshubschrauber sei ihr derzeit kein neuer Sachstand bekannt.

**Frau Rose** sieht die medizinische Versorgung in Strom, Seehausen und Hasenbüren im Hinblick auf die geplante Verlagerung des Klinikums Links der Weser äußerst kritisch. Bereits heute sei sie grundsätzlich unzureichend und die Situation werde sich aufgrund verschiedener Begleitfaktoren (u.a. Sanierung von Stadtbrücken, allgemeine Entfernung) im Zuge einer notwendigen Neuorientierung auf den Standort Bremen-Mitte weiter verschärfen.

**Frau Schmidt** fragt, ob grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, einen hausärztlichen Sitz ausschließlich für Hausbesuche vorzusehen.

**Herr Josenhans** erklärt, die rechtliche Regelung sehe vor, dass ein niedergelassener Hausarzt mindestens 25 Stunden/Woche Anwesenheit vor Ort in seiner Praxis anbieten müsse. Somit sei das Angebot einer rein hausärztlichen Versorgung vor diesem Hintergrund nicht möglich.

Auch **Frau Wangenheim** spricht nochmals die mangelhafte medizinische Versorgung in den o.g. Bereichen wie auch in Woltmershausen an und unterstreicht, dass sie im Hinblick auf den notwendigen Ausbau der ambulanten Versorgung ein Zusammenspiel der wichtigen Player Gesundheitsressort, KV und Gesundheit Nord erwarte. Nur so könne aus ihrer Sicht eine nachhaltige Verbesserung im System gelingen. Die Einrichtung eines hausärztlichen MVZ durch das Rote Kreuz Krankenhaus sei das Ergebnis kluger Umfeldbeobachtung (Praxisschließungen) und habe sich am tatsächlichen Bedarf vor Ort orientiert. Dies müsse durch den Aufbau eines tragfähigen Versorgungsgerüsts flächendeckend geschehen und dabei sehe sie die genannten Akteure in der Pflicht.

**Herr Horn** fragt, was für Auswirkungen es auf die medizinische Versorgung im Bremer Süden hätte, wenn das laufende Volksbegehren zum Erhalt des Klinikums Links der Weser Erfolg hätte.

**Frau Dr. Dreizehnter** entgegnet, dass das Klinikum dann zwar am Standort verbleiben würde, dies aber keinen Einfluss auf die ohnehin schon schwierige Situation der ambulanten Versorgung hätte. Dazu käme die Notwendigkeit einer Grundsanierung am hiesigen Standort, die mit Blick auf die Landesfinanzen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorstellbar sei.

Abschließend führt **Hr. Dr. Moock** aus, dass die Integration der öffentlichen Gesundheitsdienste (Hebammenzentrum und Stadtteilteam Kinder- und Jugendgesundheit) in die ehemalige Kinderklinik am Klinikum Links der Weser reibungslos umgesetzt werden konnte und die Stellen mittlerweile die Arbeit vor Ort aufgenommen haben. Darüber hinaus bietet er an, für eine mögliche Vorstellung der Aufgaben des Gesundheitsamtes in einer kommenden Sitzung gerne zur Verfügung zu stehen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Ausführungen und nehmen diese zur Kenntnis.

### **TOP 3 Verschiedenes ./.**

**Sitzungsleitung und Protokoll**  
gez. Radolla

**Ausschusssprecher**  
gez. Möhle

**Ausschusssprecherin**  
gez. Tallgauer-Bolte